

Beiträge zum Europäischen Wirtschaftsrecht

Band 82

Internationale private Streitschlichtung

Impulse für die Errichtung
eines Europäischen Handelsgerichts

Von

Selina Domhan



Duncker & Humblot · Berlin

SELINA DOMHAN

Internationale private Streitschlichtung

Beiträge zum Europäischen Wirtschaftsrecht

Begründet von Professor Dr. Wolfgang Blomeyer † und
Professor Dr. Karl Albrecht Schachtschneider

Band 82

Internationale private Streitschlichtung

Impulse für die Errichtung
eines Europäischen Handelsgerichts

Von

Selina Domhan



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Konstanz
hat diese Arbeit im Jahre 2021 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0947-2452
ISBN 978-3-428-18509-2 (Print)
ISBN 978-3-428-58509-0 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 vom Fachbereich Rechtswissenschaft an der Universität Konstanz als Dissertation angenommen. Sie befindet sich auf dem Stand April 2021. Die mündliche Doktorprüfung fand am 21. Juli 2021 bei den Referenten Professor Dr. Michael Stürner und Privatdozent Dr. Christoph Wendelstein statt.

Mein herzlichster Dank gilt zunächst meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Michael Stürner, M. Jur. (Oxford), der bereits während des Jurastudiums meine Begeisterung für die rechtlichen Besonderheiten grenzüberschreitender Sachverhalte und mein Interesse am wissenschaftlichen Arbeiten wecken konnte. Insbesondere danke ich ihm für seine jederzeitige Gesprächsbereitschaft und seine wertvollen Denkanstöße im Rahmen des Entstehungsprozesses der Arbeit. Der größte Teil der Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl.

Meinem Zweitgutachter Herrn Privatdozent Dr. Christoph Wendelstein danke ich neben der Übernahme und der zügigen Erstellung des Zweitgutachtens vor allem dafür, dass er mir bereits während der Schreibphase stets als Ansprechpartner zur Verfügung stand und ich von seinen hilfreichen Hinweisen profitieren durfte.

Dem Max Planck Institute Luxembourg for International, European and Regulatory Procedural Law danke ich für die großzügige Förderung durch das Guest Programme, in dessen Rahmen ich einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt in Luxembourg verbringen durfte. Die Zeit am MPI war für mich in jeder Hinsicht bereichernd. Möglich wurde dieser Forschungsaufenthalt vor allem auch durch die Unterstützung meines Doktorvaters sowie von Frau Professorin Dr. Astrid Stadler, wofür ich beiden sehr dankbar bin.

Der Verlagsleitung von Duncker & Humblot danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Beiträge zum Europäischen Wirtschaftsrecht“.

Darüber hinaus möchte ich mich bei allen bedanken, die mich während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl begleitet und diese Zeit bereichert haben, dies gilt ganz besonders für Frau Jana Abt, Frau Julia Florian, Frau Sarah Jabri und Frau Friederike Pförtner.

Meinem Freund Julius bin ich sehr dankbar für seine stetige Motivation und sein Verständnis insbesondere in der Endphase meiner Promotionszeit. Ganz besonderer Dank gilt schließlich meinen Eltern und meiner Schwester für ihren kontinuierlichen

Zuspruch, ihre bedingungslose Unterstützung sowie ihren Rückhalt während des Entstehungsprozesses dieser Arbeit.

Tübingen, im Oktober 2021

Selina Domhan

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1

Einleitung	15
§ 1 Untersuchungsgegenstand und -ziel	15
§ 2 Grundlagen	16
A. Ein Wettbewerb für Justizdienstleistungen?	16
B. Wettbewerb der Justizsysteme?	17
I. Nachfragerseite	18
1. Möglichkeit der Wahl eines Gerichtsstands	18
2. Kenntnis und Ausübung der Wahlmöglichkeit	19
3. Die Wahl beeinflussende Faktoren – Wettbewerbsparameter	21
4. Zwischenergebnis	22
II. Anbieterseite	22
1. Gesetzgeber als Anbieter	22
2. Battle of the brochures	24
3. International Commercial Courts	25
C. Race to the top als Konsequenz?	26
D. Zusammenfassung	28

Kapitel 2

Darstellung der Situation in Deutschland: Gerichtsstandort Deutschland im Wettbewerb

§ 1 Status quo: Bedeutungsverlust der deutschen Zivilgerichtsbarkeit	29
A. Fakten in Zahlen	29
B. Erklärungsversuche für den Bedeutungsverlust	32
I. Wahrnehmung der KfH: Flucht in die regulären Zivilkammern?	32
II. Abwanderung in die Schiedsgerichtsbarkeit?	34
III. Sachverhalte mit grenzüberschreitendem Bezug: Abwanderung ins Ausland?	38
1. Studien und Statistiken	39
2. Wettbewerb der Gerichtssysteme	40
3. Wettbewerb der Rechtssysteme	41
4. Zwischenergebnis	45

C. Zusammenfassung: Handlungsbedarf	45
§ 2 Bisherige Initiativen zur Steigerung der Attraktivität des Rechts- und Justizstandorts Deutschland	47
A. Legislativ	48
I. Bisherige Initiativen	48
1. Modellprojekt Nordrhein-Westfalen	48
2. Frankfurt am Main	48
3. Hamburg und Baden-Württemberg	49
4. Problematik	49
II. Gesetzentwurf zur Einführung von Kammern für internationale Handelssachen (KfiH)	50
1. Stand des Vorhabens	50
2. Bewertung	51
a) Sprachbarriere	52
aa) Sprachkenntnisse der Richter und Anwälte	53
bb) Übersetzungsschwierigkeiten	54
b) Revisionsinstanz	55
c) Erfordernis einer „internationalen Handelssache“	55
d) Beitrag zur Rechtsfortbildung?	55
3. Zwischenergebnis zum Modell der KfiH	56
B. Akademisch	57
I. Herrmann Hoffmann	57
II. Rupprecht Podszun/Tristan Rohner	57
III. Gerhard Wagner	58
IV. Bewertung der Vorschläge	59
§ 3 Zusammenfassung	61

Kapitel 3

Rechtsvergleichende Umschau: Aktuelle Wettbewerbsaktivitäten	62
§ 1 Vorbild: Commercial Court of England and Wales	62
A. Überblick	62
B. Auswirkungen des Brexits	64
§ 2 Singapore International Commercial Court (SICC)	65
A. Hintergrund	65
B. Funktionsweise	66
I. Zuständigkeit	66
II. Anwendbares Recht (insb. Beweisregeln)	67

III. Verfahrensregeln	68
1. Gerichtssprache	68
2. Prozessvertretung durch ausländische Anwälte (Postulationsfähigkeit) ...	68
3. Ausschluss der Öffentlichkeit	69
IV. Besetzung des Gerichts	69
V. Anerkennung und Vollstreckung der Urteile	70
C. Ausblick	71
§ 3 International Chamber of the Paris Court of Appeal (ICCP-CA)	71
A. Hintergrund	71
B. Funktionsweise	72
I. Zuständigkeit	72
II. Verfahrensregeln	72
C. Ausblick	73
§ 4 Netherlands Commercial Court (NCC)	74
A. Hintergrund	74
B. Funktionsweise	74
I. Zuständigkeit	74
1. Internationale Zuständigkeit	74
2. Örtliche und sachliche Zuständigkeit	75
II. Verfahrensregeln	76
III. Gerichtsgebühren	78
C. Ausblick	78
§ 5 Brussels International Business Court (BIBC)	79
A. Hintergrund	79
B. Funktionsweise	79
I. Zuständigkeit	79
II. Verfahrensregeln	80
III. Gerichtsgebühren	80
C. Ausblick	81
§ 6 Zusammenfassung des Vergleichs	81

Kapitel 4

**Anforderungen an die Attraktivität eines Streitschlichtungsorgans
aus Unternehmenssicht**

§ 1 Erfahrung und Kompetenz der Handelsrichter	83
A. Staatliches Gerichtsverfahren	84

B. Schiedsverfahren	84
C. International Commercial Courts	85
D. Zwischenergebnis	85
§ 2 Verfahrensdauer	85
A. Staatliches Gerichtsverfahren	85
B. Schiedsverfahren	87
C. International Commercial Courts	89
D. Zwischenergebnis	89
§ 3 Flexibilität des Verfahrens	89
A. Verfahrenssprache	89
I. Staatliches Gerichtsverfahren	89
II. Schiedsverfahren	90
III. International Commercial Courts	90
B. Anwendbares Recht	90
I. Staatliches Gerichtsverfahren	90
II. Schiedsverfahren	94
III. International Commercial Courts	95
C. Ort des Verfahrens	95
I. Staatliches Gerichtsverfahren	95
II. Schiedsverfahren	95
D. Wahl der Richter	96
E. Zwischenergebnis	96
§ 4 Kosteneffizienz	97
A. Vergleich staatliches Gerichtsverfahren und Schiedsverfahren	97
B. International Commercial Courts	98
C. Zwischenergebnis	98
§ 5 Vertraulichkeit des Verfahrens	98
A. (Nicht)Öffentlichkeit	99
I. Staatliches Gerichtsverfahren	99
II. Schiedsverfahren	101
B. Geheimhaltung	102
I. Staatliches Gerichtsverfahren	102
II. Schiedsverfahren	105
C. International Commercial Courts	106
D. Zwischenergebnis	107
§ 6 Beteiligung von Dritten	107
A. Staatliches Gerichtsverfahren	107

B. Schiedsverfahren 108
 C. International Commercial Courts 110
 D. Zwischenergebnis 110

§ 7 Einfache Vollstreckbarkeit der Entscheidungen 111
 A. Staatliches Gerichtsverfahren 111
 B. Schiedsverfahren 111
 C. Zwischenergebnis 112

§ 8 Neutralität des Forums 112

§ 9 Zusammenfassung 114

Kapitel 5

Ein transnationales Handelsgericht auf europäischer Ebene? 116

§ 1 (Rechtspolitischer) Hintergrund 116

§ 2 Kompetenzgrundlage: EU-Kompetenz oder internes Abkommen der Mitgliedstaaten 118
 A. EU-Kompetenz 118
 I. Art. 257 AEUV 119
 II. Art. 81 AEUV 119
 III. Völkerrechtliches Abkommen der Union (Art. 216 AEUV) 122
 B. Internes Abkommen der Mitgliedstaaten 124

§ 3 Verhältnis zum Unionsrecht 125
 A. Verhältnis zum Unionsrecht: Beeinträchtigung der Unionsrechtsordnung? 125
 B. Verhältnis zum EuGH 129
 I. Notwendigkeit einer Vorlageberechtigung 130
 1. Art. 267 AEUV 130
 2. Rechtsprechung des EuGH 131
 a) Gutachten C-1/91 (EWR I) 131
 b) Gutachten C-1/00 (GELR) 132
 c) Gutachten C-1/09 (GEPEUP) 133
 d) Gutachten C-2/13 (EMRK II) 134
 e) Urteil C-284/16 (Achmea) 135
 f) Gutachten C-1/17 (CETA) 136
 3. Zwischenergebnis 138
 II. Begründung einer Vorlageberechtigung 139
 1. Begründung durch Übereinkommen 139

2. Begründung durch Art. 267 AEUV	141
a) Ein Europäisches Handelsgericht als Gericht i. S. des Art. 267 AEUV?	141
b) Ein Europäisches Handelsgericht als mitgliedstaatliches Gericht i. S. des Art. 267 AEUV?	144
aa) Vorlageberechtigung nationaler Gerichte	144
bb) Vorlageberechtigung gemeinsamer Gerichte mehrerer Mitgliedstaaten	144
(1) EuGH Dior	145
(2) EuGH Miles	146
(3) Zwischenergebnis	147
(4) Exkurs: Einheitliches Patentgericht	147
(5) Europäisches Handelsgericht	148
III. Rechtsfolgen	150
§ 4 Wirkungen im nationalen Recht der Mitgliedstaaten	150
A. Verfassungsrechtliche Implikationen	150
I. Verbandskompetenz des Bundes	151
1. Übertragung von Hoheitsrechten	151
2. Abgrenzung Art. 23 Abs. 1 und 24 Abs. 1 GG	152
3. Zwischenergebnis	153
II. Vertragsschlussverfahren	153
1. Vertragsverhandlungen und Vertragsunterzeichnung	153
2. Innerstaatliches Verfahren	154
III. Wirkung im innerstaatlichen Recht	156
B. Strukturelle Ausgestaltung: Zentral oder dezentral?	157
C. Verhältnis zu den mitgliedstaatlichen Gerichten	158
§ 5 Verfahren	159
A. Zuständigkeit	159
I. Internationale Zuständigkeit	159
1. Art. 25 Brüssel Ia-VO	160
2. Art. 26 Brüssel Ia-VO	161
II. Sachliche Zuständigkeit	162
III. Örtliche Zuständigkeit	163
IV. Lis pendens	164
V. Rechtsmittel	165
1. Revisibilität ausländischen Rechts?	165
2. Möglichkeit des Rechtsmittelverzichts	167

- B. Anwendbares Recht 167
 - I. Rechtswahl 167
 - 1. Art. 3 Rom I-VO 167
 - a) Regelungsgehalt des Art. 3 Rom I-VO 167
 - b) Wählbarkeit nichtstaatlichen Rechts 168
 - c) Relevanz der Wählbarkeit nichtstaatlichen Rechts 169
 - 2. Art. 14 Rom II-VO 169
 - II. Objektive Anknüpfung 169
 - III. Ordre public 170
 - IV. Lücken in den Rom-Verordnungen 170
 - 1. Internationales Gesellschaftsrecht 171
 - 2. Sonstige Probleme des IPR AT 174
- C. Besetzung des Gerichts 174
 - I. Auswahl und Qualifikation der Richter 174
 - II. Bildung der Spruchkörper 175
 - III. Gesetzlicher Richter, Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG 175
 - 1. Formeller Gehalt 176
 - a) Grundsatz 176
 - b) Ausnahme: Wahl der Richter? 177
 - 2. Materieller Gehalt 179
- D. Sonstige Verfahrensregeln 179
 - I. Gerichtssprache 180
 - 1. Englisch als Gerichtssprache 180
 - 2. Weitere Gerichtssprachen? 180
 - II. Prozessvertretung durch EU-Anwälte 182
 - III. Vertraulichkeit des Verfahrens 183
 - 1. Einschränkungen der Öffentlichkeit 184
 - 2. Geheimnisschutz 185
 - IV. Beteiligung von Dritten 188
 - V. Elektronischer Prozess 189
 - VI. Weitere Verfahrensregeln 191
 - 1. Rückgriff auf bestehende Regelwerke 192
 - a) Verfahrensordnung des Einheitlichen Patentgerichts 192
 - b) ELI/UNIDROIT European Rules of Civil Procedure 192
 - 2. Schaffung neuer Verfahrensregeln? 194
 - 3. Fazit 194
- E. Anerkennung und Vollstreckung der Entscheidungen 194
 - I. Vollstreckung innerhalb der Europäischen Union 195
 - 1. Übereinkommen über die Errichtung eines Europäischen Handelsgerichts 195

2. Art. 36 ff. Brüssel Ia-VO	195
a) Grundsatz der automatischen Anerkennung und Vollstreckbarkeit	196
b) Versagungsgründe	196
c) Abschaffung der ordre public-Kontrolle?	197
II. Vollstreckung außerhalb der Europäischen Union	199
1. Lugano-Übereinkommen (LugÜ)	200
a) Anwendungsbereich	200
b) Anerkennung und Vollstreckung	200
2. Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen (HGÜ)	202
a) Anwendungsbereich	202
b) Wirksamkeit der Gerichtsstandsvereinbarung	204
c) Anerkennung und Vollstreckung	205
d) Verhältnis zum Abkommen über die Errichtung eines Europäischen Handelsgerichts und zur Brüssel Ia-VO	205
3. Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile (HAVÜ)	206
a) Anwendungsbereich	207
b) Anerkennung und Vollstreckung	208
c) Verhältnis zum Abkommen über die Errichtung eines Europäischen Handelsgerichts, zur Brüssel Ia-VO und zum HGÜ	208
§ 6 Aktuelle Entwicklungen auf Unionsebene	209
A. Studie und Bericht des Europäischen Parlaments	209
B. Stellungnahme der Europäischen Kommission	211
Zusammenfassung: Vorteile der Errichtung eines Europäischen Handelsgerichts	213
Literaturverzeichnis	216
Stichwortverzeichnis	247

Einleitung

§ 1 Untersuchungsgegenstand und -ziel

„Im Zeitalter der Globalisierung entsteht ein weltweiter Markt für Justizdienstleistungen.“¹ Wenngleich eine Kategorisierung von Justizdienstleistung und Recht als Produkt auf den ersten Blick bemerkenswert erscheint² (definiert doch das Recht grundsätzlich den Rahmen, innerhalb dessen Wettbewerbsverhalten stattfindet³), lässt sich bereits seit Jahrzehnten eine zunehmende Ökonomisierung des Rechts und der Streitbeilegung sowie die Entstehung eines Marktes für Justizdienstleistungen beobachten. Speziell im internationalen Bereich werden verschiedenste Arten des Wettbewerbs diskutiert: ein Wettbewerb der Rechtsordnungen⁴, der Justizsysteme⁵, der Schiedsorte⁶ oder zwischen staatlicher und privater Streitschlichtung⁷, um nur einige Ausprägungen zu nennen. Während dem Wettbewerb der Rechtsordnungen bereits zahlreiche Abhandlungen gewidmet wurden,⁸ existiert zur Frage des Wett-

¹ G.-P. Calliess/H. Hoffmann, AnwBl 2009, 52, 52.

² Eidenmüller, JZ 2009, 641, 641; ders., 18 Indiana Journal of Global Legal Studies 2011, 707, 707; ders., in: Eidenmüller (Hrsg.), Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution, 1, 1.

³ Eidenmüller, JZ 2009, 641, 641; ders., 18 Indiana Journal of Global Legal Studies 2011, 707, 707; ders., in: Eidenmüller (Hrsg.), Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution, 1, 1.

⁴ Monografisch Kieninger, Wettbewerb der Privatrechtsordnungen im Europäischen Binnenmarkt; s. auch Eidenmüller, JZ 2009, 641; ders., 18 Indiana Journal of Global Legal Studies 2011, 707; ders., in: Eidenmüller (Hrsg.), Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution, 1; O'Hara/Ribstein, The Law Market; Rühl, 9 European Review of Contract Law 2013, 61; dies., in: Eidenmüller (Hrsg.), Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution, 287.

⁵ Dammann/Hansmann, A Global Market for Judicial Services; H. Hoffmann, Kammern für internationale Handelssachen; Themeli, Civil Justice System Competition in the European Union; Vogenauer, 21 European Review of Private Law 2013, 13; ders., in: Eidenmüller (Hrsg.), Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution, 227; G. Wagner, in: Eidenmüller (Hrsg.), Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution, 347; ders., 62 Buffalo Law Review 2014, 1085; ders., Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb.

⁶ Ausführlich Wilske, 1 Contemporary Asia Arbitration Journal 2008, 21; s. auch Drahozal, 24 International Review of Law and Economics 2004, 371.

⁷ S. nur O'Hara O'Connor, in: Eidenmüller (Hrsg.), Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution, 427.

⁸ Vgl. die Nachweise in Kap. 1 Fn. 4.

bewerbs von Justizsystemen nur wenig und speziell zu den jüngsten Entwicklungen kaum deutschsprachige Literatur.⁹

Die vorliegende Arbeit setzt ihren Fokus auf die Darstellung der jüngsten Wettbewerbsaktivitäten im Bereich der internationalen Streitbeilegung und geht der Frage nach, welche Anforderungen ein Streitbeilegungsmechanismus erfüllen muss, um in diesem Wettbewerb bestehen zu können. Ziel der Arbeit ist es, unter Zugrundelegung der vorgefundenen Ergebnisse eine neue Form der Streitbeilegung durch Errichtung eines Europäischen Handelsgerichts zu etablieren und damit eine weitere Ebene in den Wettbewerb der Justizsysteme zu integrieren.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich folgender Aufbau der vorliegenden Arbeit: Einleitend soll zunächst das Phänomen des Wettbewerbs von Justizdienstleistungen näher untersucht werden. Im zweiten Kapitel wird die Situation in Deutschland dargestellt und untersucht, ob eine Beilegung hochpreisiger Wirtschaftsstreitigkeiten mit grenzüberschreitendem Bezug in Deutschland für die beteiligten Akteure attraktiv erscheint. Das dritte Kapitel wagt einen vergleichenden Blick auf jüngste Wettbewerbsaktivitäten im Ausland mit Fokus auf Singapur, Frankreich, die Niederlande und Belgien. Im vierten Kapitel werden die Ergebnisse der ersten drei Kapitel gebündelt und die wichtigsten Anforderungen an die Attraktivität eines Streitbeilegungssystems aus Unternehmenssicht vorgestellt. In diesem Rahmen erfolgt eine Untersuchung, inwieweit staatliche Gerichte diese Anforderungen zu erfüllen geeignet sind, insbesondere unter vergleichender Betrachtung zur Schiedsgerichtsbarkeit. Das fünfte Kapitel zeigt auf, weshalb zur Befriedigung dieser Bedürfnisse zusätzlich ein Europäisches Handelsgericht eingerichtet werden sollte und gibt einen Überblick über die in diesem Zusammenhang besonders interessierenden Fragen. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Rahmen die Frage, wie ein solches Gericht ausgestaltet sein muss, um den Anforderungen des Unionsrechts, sowie des deutschen Verfassungsrechts zu genügen. Eine zusammenfassende Betrachtung der gefundenen Ergebnisse schließt die Arbeit ab.

§ 2 Grundlagen

A. Ein Wettbewerb für Justizdienstleistungen?

Die Existenz eines Wettbewerbs für öffentliche Güter wurde erstmals 1965 durch *Tiebout* beschrieben¹⁰, wodurch er den Ausgangspunkt für die Diskussion über einen Wettbewerb für Rechts- und Justizdienstleistungen setzte. Ausgehend von *Tiebouts*

⁹ Jüngst vor allem *G. Wagner*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb; auch *H. Hoffmann*, Kammern für internationale Handelssachen; *Podszun/Rohner*, Staatliche Gerichte für wirtschaftsrechtliche Streitigkeiten stärken; *Rühl*, JZ 2018, 1073; *M. Stürmer*, JZ 2019, 1122; *A. Wolf*, RIW 2019, 258.

¹⁰ *Tiebout*, 64 Journal of Political Economy 1965, 416.

Prämisse wurde und wird das Vorliegen eines Wettbewerbs in verschiedensten Bereichen des Rechts sowie der Streitbeilegung beschrieben. Speziell im Bereich der Justiz ist ein Wettbewerb auf verschiedenen Ebenen denkbar¹¹: zwischen gerichtlicher und außergerichtlicher Streitbeilegung; zwischen deutschen staatlichen Gerichten und den Gerichten fremder Staaten; innerhalb der deutschen staatlichen Justiz zwischen den verschiedenen Gerichtsbarkeiten sowie innerhalb einer Gerichtsbarkeit zwischen verschiedenen Gerichten.¹²

Diese Diskussion um die Existenz eines Wettbewerbs für Rechts- und Justizdienstleistungen wird in der Literatur unter dem Begriff des „institutionellen Wettbewerbs“¹³ oder „Systemwettbewerbs“¹⁴, in der englischsprachigen Literatur unter dem Begriff „regulatory competition“¹⁵ geführt. Im Folgenden soll näher untersucht werden, ob unter Zugrundelegung der vorgefundenen Parameter speziell im Bereich der Justiz tatsächlich ein solcher Wettbewerb stattfindet.

B. Wettbewerb der Justizsysteme?

Wie soeben dargestellt, ist ein Wettbewerb der Justiz auf verschiedenen Ebenen denkbar. Die vorliegende Untersuchung soll sich indessen auf den externen Wettbewerb, d.h. in Konkurrenz zu ausländischen Jurisdiktionen beschränken. Auf die Schiedsgerichtsbarkeit wird an späterer Stelle zurückzukommen sein.¹⁶ Eine Untersuchung des externen Wettbewerbs stellt sich deshalb als besonders interessant dar, weil die Parteiautonomie hier eine besonders starke Ausprägung erfährt. Speziell in grenzüberschreitenden Wirtschaftsstreitigkeiten haben die Parteien umfangreiche Möglichkeiten zur Gestaltung ihrer Vertragsbeziehungen. Dies gilt insbesondere auch für die Wahl eines Streitbeilegungsmechanismus.

Ob tatsächlich ein solcher externer Wettbewerb besteht, wird in der Literatur kontrovers diskutiert.¹⁷ Einheitlich werden indes die Voraussetzungen für einen Wettbewerb der Justizsysteme definiert: Erforderlich ist das Bestehen eines ent-

¹¹ Überblick bei *Oebbecke*, DÖV 2007, 177, 178 f.

¹² *Oebbecke*, DÖV 2007, 177, 178 f.

¹³ S. nur *Kiwit/Voigt*, in: Schenk/Schmidtchen/Streit (Hrsg.), Globalisierung, Systemwettbewerb und nationalstaatliche Politik, 313.

¹⁴ S. nur *Streit*, in: Zimmermann (Hrsg.), Ordnungspolitische Aspekte der europäischen Integration, 11.

¹⁵ S. nur *Eidenmüller*, 18 *Indiana Journal of Global Legal Studies* 2011, 707.

¹⁶ Vgl. die Darstellung in Kap. 4.

¹⁷ Dazu *Themeli*, *Civil Justice System Competition in the European Union*; *Vogenaier*, 21 *European Review of Private Law* 2013, 13; *ders.*, in: *Eidenmüller* (Hrsg.), *Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution*, 227; *G. Wagner*, 62 *Buffalo Law Review* 2014, 1085; *ders.*, *Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb*.